

## Schrumpfen auf Vorrat

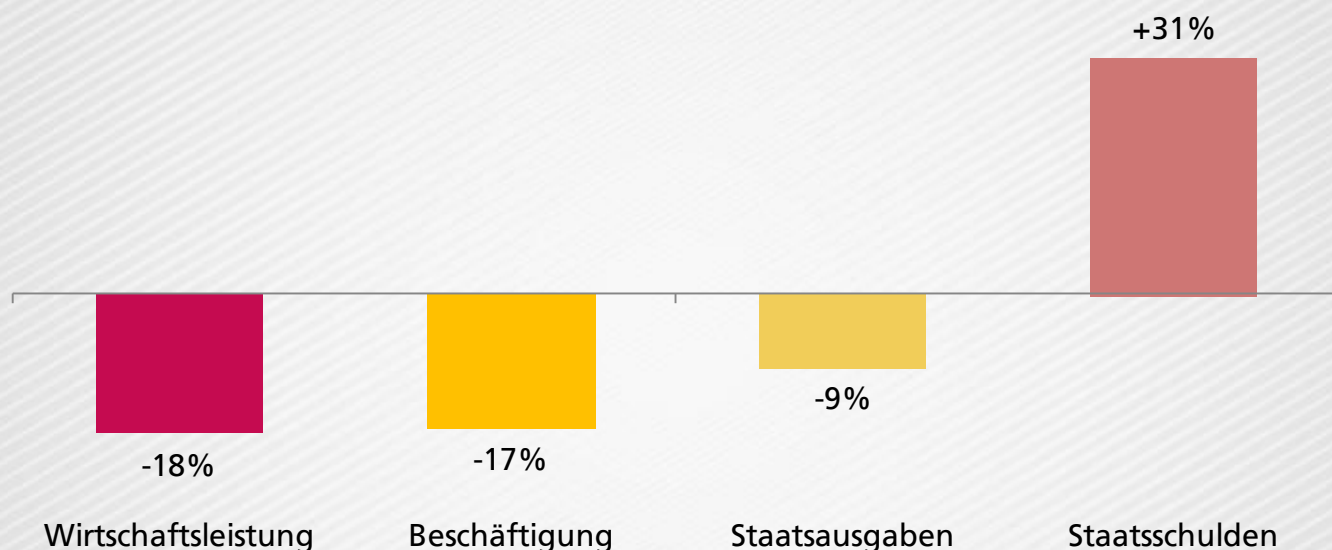
Griechenland wird weiter von seinen Gläubigern geprügelt – von den Euro-Staaten, dem IWF und der Europäischen Zentralbank. Derzeit verhandeln sie über weitere Zahlungen aus dem aktuellen, so genannten „Hilfspaket“. Mit „Hilfe“ hat das wenig, mit falscher Wirtschaftspolitik hingegen viel zu tun: Es soll weitergehen wie bisher – Sparen und Kürzen „auf Teufel komm raus“.

Mehr noch: Die Gläubiger verlangen auf Betreiben von Bundesregierung und IWF ein Sparpaket auf Vorrat. Das wäre quasi ein automatisierter Schrumpfkurs: Wenn sich die erwünschten Überschüsse im griechischen Haushalt nicht einstellen, dann rollt automatisch die nächste Kürzungswalze über das Land. Noch weniger Staatsausgaben, noch mehr Lohnkürzungen und noch höhere Verbrauchersteuern wären die Konsequenz.

Und das, obwohl bereits die bisherigen Sparmaßnahmen verheerende Folgen hatten. Private Haushalte haben 40 Prozent ihres Einkommens verloren. Um fast 20 Prozent ist die Wirtschaft geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit beträgt 25 Prozent, unter jungen Leuten sogar fast 50 Prozent. Die Selbstmordrate hat sich verdreifacht. Und bei alledem hat die Sparpolitik nicht einmal ihre Ziele erreicht: Die Schuldenlast Griechenlands ist sogar angestiegen!

In der Krise helfen rücksichtslose Kürzungen nicht weiter. Im Gegenteil: Sie lassen die Wirtschaft einbrechen und die Armut explodieren. Die Griechen wehren sich zu Recht. Und nun fordern Bundesregierung und IWF sogar Kahlschlag auf Vorrat. Das ist fatal: Der Sparpolitik muss endlich ein Ende gesetzt werden!

### Griechenland: Schädliche Kürzungspolitik (2010 bis 2015)



Staatsausgaben: Reale Staatsausgaben, Wirtschaftsleistung: Reales Bruttoinlandsprodukt  
Staatsverschuldung: Verhältnis der gesamten Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt  
Veränderung in Prozentpunkten, Beschäftigung: Beschäftigung der 20-64 Jährigen

ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: Eurostat, Ameco Datenbank